

Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen«, sind »aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen« und durch Personen zu ersetzen, »welche nach ihren politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken.«²⁾

Diese ausgewogene Anweisung paßte einem Teil der Kommunisten in Sachsen von vornherein nicht. Es zeugte vom zielbewußten Handeln der aus Moskau gekommenen KPD-Führer, die allerdings noch im Geiste des »Nationalkomitees Freies Deutschland« für mehr Rücksichtnahme auf die deutschen Gegebenheiten und sogar für einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus eintraten, daß die kommunistischen Lehrer Sachsens – es waren weniger als hundert – vom 18. bis 20. August 1945 in Döbeln zu einer Beratung zusammengefaßt wurden.³⁾ Es standen sich dort – wie später auch in der SED – Radikale, die vielfach ausgesprochene Sektierer waren, und Gemäßigte gegenüber, die nach der leninistischen Terminologie als Versöhnler bezeichnet wurden und die sich mitunter bewußt am geistigen Erbe der KPD-Gründer orientierten. Rosa Luxemburg hatte bekanntlich den von Lenin und Trotzki 1918 eingeschlagenen Weg einer Zerstörung demokratischer Institutionen für falsch und verhängnisvoll gehalten.⁴⁾

Obwohl Walter Ulbricht, der schon damals die Fäden in der Hand hielt und dessen verlängerter Arm in Sachsen Hermann Matern war, im Hinblick auf die angestrebte Vereinigung mit den Sozialdemokraten und die damals noch nach demokratischen Spielregeln ablaufenden Wahlen kein sektiererisches Verhalten gebrauchen konnte, genossen die Radikalen sein besonderes Vertrauen. Sie zeichneten sich in seinen Augen durch ihr demonstrativ zur Schau getragenes proletarisches Klassenbewußtsein aus. In ihrer prinzipiellen Feindschaft gegen die sogenannte bürgerliche Demokratie betrachteten sie wie er Parlamentarismus und Pluralismus als Übel, die nur vorübergehend und zum Schein geduldet werden mußten. Es habe alles, so lautete bekanntlich Ulbrichts Parole, demokratisch auszusehen, damit verborgen bleibe, daß in Wahrheit eine »Diktatur des Proletariats« im Leninschen Sinne – nach Rosa Luxemburg die Cliquenerrschaft⁵⁾ einer Handvoll auserwählter Parteiführer – bestehe. In Ulbrichts Nachlaß findet sich daher ganz folgerichtig die Notiz: »Wir müssen uns völlig freimachen von dem, was wir uns in der geschriebenen Literatur von Luxemburgianern angelesen haben (vor allem Falsches und Schiefes über die Rolle der Partei) und fest aneignen, was wir bei Lenin und Stalin über die Rolle der Partei lernen können.«⁶⁾

Auf diesem Wege waren den Stalinisten in der KPD- bzw. SED-Führung in Sachsen und ganz speziell in Dresden zwei Kommunisten in leitenden Positionen besonders wichtig: Wilhelm Schneller (1894–1973) und Hans (Johann) Riesner (1902–1976). Beide gaben bereits in Döbeln den Ton an und traten durchaus nicht zufällig an die Spitze des sächsischen Bildungswesens. Schneller leitete schon 1945 de facto das Ressort Volksbildung in der Landesverwaltung Sachsen; denn der nominelle Leiter Dr. Emil Menke-Glückert von der Liberaldemokratischen Partei spielte kaum eine Rolle. Es gelang Schneller zwar nicht, sächsischer Volksbildungsminister zu werden, weil das anfängliche Paritätsprinzip in der SED mit Erwin Hartzsch einen ehemaligen Sozialdemokraten in diesem Amt erforderte; aber er hat